4. Jahrgang. Nr. 23. **West-** Nr. 23. 4. Jahrgang

Danzig, Montag, den 28. Januar 18 Danzig, Montag, den 28 Januar 1867.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. — Alle Königl. Post-Anstalten nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. In Danzig: die Expedition, der Westpreußischen Zeitung, Hundegasse 70. **Vierteljährlicher Abonnements-Preis:** für Dnzig 1 Thlr.; bei allen Königl. Post-Anstalten 1 Thlr. 5 Sgr.

Monats-Abonnements 12½ Sgr.



Preußische Zeitung.

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Die vortragenden Räthe bei dem Königlichen Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Geheimen Regierungs-Räthe Friedrich Julius Kieschke und Paul Ludwig Alexander Eck zu Geheimen Ober-Regierungs-Räthen, Geheimen Post-Rath Friedrich Wilhelm Leonhard Wiebe zum Geheimen Ober-Post-Rath und Geheimen Bau-Rath Franz Friedrich Alexander Grund zum Geheimen Ober-Bau-Rath zu ernennen; dem Berg-Rath Carl Ferdinand Germelmann den Charakter als Ober-Berg-Rath zu verleihen; den bisherigen Domherrn Richter in Posen zum Dom-Capitular an der Kathedralkirche zu Trier zu ernennen; dem praktischen Arzt 2c. Dr. Schroell in Erfurt den Charakter als Sanitäts-Rath; sowie dem Schmiedemeister Gustav Pietsch zu Berlin das Prädikat eines Königl. Hof-Schmiedemeisters zu verleihen, und den bisherigen ersten besoldeten Stadtrath und Beigeordneten Weise zu Naumburg a. S. in Gemäßheit der von der Stadtverordneten-Versammlung daselbst getroffenen Wahl als Bürgermeister der genannten Stadt für die Amtsdauer von zwölf Jahren zu bestätigen. Ferner dem Geheimen Kommerzien-Rath Krupp zu Essen, Kreis Duisburg, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Kaisers von Brasilien Majestät ihm verliehenen Offizierkreuzes des Rosen-Ordens zu ertheilen.

Telegraphische Depeschen der Westpreußischen Zeitung

Karlsruhe, 25. Jan. Einer Mittheilung der „Karlsruher Zeitung" zufolge wird am 3. Februar in Stuttgart eine Konferenz von Bevollmächtigten der vier süddeutschen Staaten zusammentreten, welche die Grundlagen für eine gleichartige Wehrverfassung feststellen soll.

Wien, 27. Jan. Gutem Vernehmen nach wird Herr Langrand-Dumonceau aus Brüssel hier erwartet, um mit der Regierung einen Plan zur Amortisation der österreichischen Staatsschuld zu vereinbaren.

Paris, 25. Jan. Der „Etendard" erklärt ebenfalls die Nachricht, Belgien, die Niederlande und die Schweiz ständen gegenwärtig zum Behufe des Abschlusses einer Zolleinigung mit Frankreich in Unterhandlungen, für vollständig erfunden.

Die „France" erwähnt verschiedener Gerüchte über eine Ermordung des Königs von Italien, und bemerkt dazu, kein Telegramm rechtfertige derartige Gerüchte, sie müssen daher als jeder Begründung entbehrend angesehen werden.

Paris, 26. Jan. Nach Berichten aus Trikala in Thessalien vom 24. d. sind die von griechischen Journalen gebrachten Nachrichten, daß die Insurgenten in Thessalien und Epirus eine provisorische Regierung gebildet haben und daß ihre Anzahl täglich wachse, vollständig unbegründet. Thessalien und Epirus sind ruhig.

Paris, 27. Jan. Der heutige „Moniteur" veröffentlicht ein kaiserliches Dekret vom 25. d., durch welches der Senat und der gesetzgebende Körper zum 14. Februar einberufen werden.

Florenz, 25. Jan. Die über eine Ermordung des Königs von Italien verbreiteten Gerüchte sind vollständig grundlos.

In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer stand der Bericht des Deputirten Giacomelli über die Petition von Bürgern aus Ankona auf der Tagesordnung, welche die Entlassung von zwölf in den päpstlichen Gefängnissen seit mehreren Jahren schmachtenden Bürgern erbittet. Der Minister des Auswärtigen erklärte, er sei mit der Angelegenheit beschäftigt, glaube aber für den Augenblick keine weiteren Erläuterungen geben zu müssen. Die Petition wird dem Minister des Auswärtigen zur Berücksichtigung überwiesen.

Rom, 25. Jan. Das „Giornale di Roma" dementirt die Nachricht, der Papst habe dem Projekt über den Verkauf der Kirchengüter und der Abmachung zwischen der italienischen Regierung und dem Hause Langrand-Dumonceau zugestimmt.

Madrid, 25. Jan. Die „Epoca" erklärt die Nachricht für unrichtig, England habe dagegen Protest eingelegt, daß der „Tornado' für gute Beute erklärt sei.

Madrid, 26. Jan. Ein königliches Dekret befiehlt die Reorganisation der Armee und setzt deren Effektivbestand auf 200,000 Mann fest. Die Armee wird in 3 Kategorien getheilt, deren erste das stehende Heer, dessen Kontingent von den Kammern fixirt wird, bildet. Die zweite besteht aus der aktiven Reserve, welche der Regierung zur Disposition steht und die dritte wird von einer nicht aktiven Reserve gebildet, welche durch ein besonderes Gesetz zu den Waffen gerufen werden muß. Die Provinzialmilizen werden abgeschafft.

Petersburg, 26. Jan. Ueber den Stand der Bauarbeiten an der russisch-amerikanischen Telegraphen-Verbindung wird gemeldet, daß die russischen Linien ihre Thätigkeit im Herbste 1867 beginnen werden. Die Rekognoszirung und Ausmessung der Behringstraße ist beendet, die amerikanische Linie bis zur Behringsstraße fertig gestellt worden. Auf sämmtlichen asiatischen Linien werden noch im laufenden Winter die Telegraphenstangen angefertigt und aufgestellt werden.

Odessa, 26. Jan. Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß ein nordamerikanisches Kriegsschiff nach Kandia segelt, um Christenfamilien, welche nach Griechenland übersiedeln wollen, aufzunehmen.

Bukarest, 26. Jan. Die Kammer hat heute den Antrag der Finanzkommission bezüglich der Oppenheim'schen Anleihe abgelehnt und beschlossen, diese Anleihe als eine gesetzliche in das diesjährige Budget aufzunehmen.

Haus der Abgeordneten.

Freitag, 25. Januar.
(Schluß).

Minister-Präsident Graf v. Bismarck: Was dann die Klagen über die Besteuerung der Juden betrifft, so können wir darin Nichts ändern; es ist ein Akt der inneren Gesetzgebung. In ähnlichen Fällen sind das Einzige, womit man sich international helfen kann, die Repressalien. Die Staats-Regierung müßte also nach dem bekannten Sprüchwort, was ich nicht citiren will, die russischen Bekenner des jüdischen Glaubens ebenfalls zu höheren Steuern heranziehen (Andauernde Heiterkeit); ein anderes Mittel ist mir nicht bekannt Ferner sind bekanntlich die Klagen über Ausweisungen und Einsperrungen von Individuen, welche mit regelmäßigen, preußischen Pässen und Legitimationen versehen sind, sehr häufig, wie ich das aus meiner eigenen Erfahrung, während ich Gesandter in Petersburg war, am besten weiß, und wofür ich Ihnen noch flagrantere Fälle, als diejenigen anführen könnte, welche dem Hrn. Interpellanten zu Gebote standen. (Hört! Hört!) Es wird in jedem einzelnen Falle, der zu unserer Kenntniß kommt, der Weg betreten, welcher einzig offen ist, indem wir durch das Generalkonsulat in Warschau oder durch den königlichen Gesandten in Petersburg Beschwerde führen, und ich kann nicht anders sagen, als daß wir bei den höchsten russischen Behörden stets die vollste Bereitwilligkeit zur Abhülfe begründeter Beschwerden gefunden haben; aber es dauert gewöhnlich sehr lange, und wenn die Abhülfe kommt dann ist gewöhnlich das Unglück bereits in dem Maße geschehen, daß es schwer wieder gut zu machen ist. Aber ich habe mich, wie gesagt, weder in meiner damaligen Stellung, noch in meiner jetzigen jemals über Schutz der Härte oder der Willkür von Seiten der höchsten russischen Behörden beschweren können. Wie entstehen nun solche Konflicte, meine Herren, abgesehen von den Fällen, wo sie geradezu Erpressungen sind? Unsere Landsleute reisen häufig mit einigem Leichtsinn nach Rußland hinüber, ohne Mittel, ohne die Sprache zu kennen, ohne namentlich über die Formalien, welche sie an der Grenze zu erfüllen haben, sich vorher zu informiren. Sie kommen mit Waffen — ohne die Absicht, sie weiter zu gebrauchen. — Das ist aber in Rußland verboten; sie hätten sich davon in Kenntniß setzen sollen; ignorantia legis schadet. Es kommt aber noch ein anderes Moment hinzu: Sie glauben mit den russischen Beamten etwa so umgehen zu können, wie mit einem preußischen Landrath, (Heiterkeit) und wenn sie sich im Rechte fühlen, ihre ordnungsmäßigen Legitimationspapiere in der Tasche haben, so berufen sie sich beispielsweise darauf mit erhobener Stimme, in einer Sprache, welche der russische Beamte nicht versteht. Bei uns würden in einem solchen Falle wegen überlauten Verhaltens vielleicht nur einige Ermahnungen vorkommen, zu einem strafenden Einschreiten würde sich der betreffende Beamte schwerlich veranlaßt sehen; auch würden unserem Administrativbeamten die legalen Mittel fehlen. Durch die Geduld der preußischen Beamten sind die preußischen Reisenden aber eben verwöhnt; (Heiterkeit) ein reisender Preuße glaubt also vielleicht, daß er einen russischen Grenzbeamten behandeln könne, wie er etwa mit einem preußischen Minister sprechen würde. (Heiterkeit.) Das ist nicht der Fall; der Beamte wird verdrießlich. Der Reisende aber, der auf seinen Paß provoziren zu können glaubt, erklärt überlaut, daß er ein ordentlicher Mann sei, man möge in Kallies, in Stallupönen oder sonstwo sich danach erkundigen — er wird eingesperrt, ohne daß ihm klar ist, warum. In seiner Beschwerde sagt er natürlich nicht: ich habe mich allerdings etwas unverschämt benommen, so wie ich es zu Hause gewöhnt bin. Auch der russische Beamte, welcher zur Rechenschaft aufgefordert wird, sagt nicht etwa: „ich fand die Stimme des Reisenden etwas zu stark erhoben für meine Würde," sondern er findet in dem unerschöpflichen Arsenal des Swod Sakonow, das ist die russische Gesetzsammlung, welche allerdings an Fülle leidet,

Feuilleton.

Zur Geschichte des Krönungs- und Ordensfestes.

(Schluß.)

Im Jahre 1819 wohnten dem Ordensfeste am 18. Januar 14 Mann eines gerade in Berlin anwesenden Kaiserlich russischen Artillerie-Detachements bei, welche das Militair-Ehrenzeichen 2. Klasse erhalten hatten. Zur bessern Ausführung der neuen Liturgie beim Gottesdienst am 24. im Dome waren die Sänger der Potsdamer Garnisonkirche nach Berlin befohlen worden. Die Predigt sollte derjenige Prediger halten, an dem gerade die Reihe sei, dagegen sollte der Bischof Eylert bei der Liturgie fungiren. Die Ordnung des Zuges von der Kirche in das Schloß zurück wurde wie folgt, geändert:

1) Die General-Ordens-Kommission,
2) Alle im Laufe des letzten Jahres Ernannten,
3) Seine Majestät der König unter Vortritt der General- und Flügel-Adjutanten mit den Prinzen,
4) Die Ritter vom Schwarzen Adler-Orden und die Ritter der 1. Klasse des Rothen Adler-Ordens,
5) Alle Uebrigen in beliebiger Ordnung.

Mit dem Jahre 1820 trat die noch jetzt gebräuchliche Art der ganzen Feier an einem und demselben Tage ein, so daß der Verkündigung im Schlosse gleich der Kirchgang und diesem dann die Festtafel folgte. Der König scheint die Idee gehabt zu haben, die alte statutenmäßige Investitur der Ritter des Schwarzen Adler-Ordens wieder einzuführen, denn er verlangte einen Bericht, wie es nach dem Reglement vom Jahre 1701 damit gehalten worden sei; indessen hatte die Anregung weiter keine Folge; die Wiederbelebung des alt-ehrwürdigen Rituals bei Aufnahme neuer Ritter in den Schwarzen Adler-Orden sollte seinem Sohne, dem Hochseligen König Friedrich Wilhelm IV., vorbehalten bleiben.

Die kurzen Notizen, welche der König zur Richtschnur für die bezüglichen Anordnungen der General-Ordens-Kommission niederschrieb, lauten:

„Keine Predigt mehr, sondern eine auf das Fest bezügliche Rede vor dem Altar, welcher kein biblischer Text zum Grunde liegt.

„Vorstellung und Gottesdienst auf Einen Tag verlegt.

„Um 10 Uhr Versammlung der vorjährigen Dekorirten in der Gallerie vor der Kammer der Ordens-Kommission, und der neu zu Dekorirenden in der Kammer, wo es bis jetzt gewesen ist.

„Bei Uebergabe der Insignien hält der Präsident der Ordens-Kommission eine kurze Anrede.

„Im Rittersaale wird keine Anrede mehr gehalten.

„von Raumer (Wirklicher Geheimer Legationsrath) verliest die Verleihungen.

„Die Kommission führt alle Ritter und Inhaber in den Dom.

„Die kirchliche Feier beginnt bei Meinem Eintritt.

„Eylert soll nur eine viertelstündige Rede halten. Kein biblischer Text.

„Zug von der Kirche zum Schlosse, wie bisher."

Danach wurde denn auch verfahren.

Im Jahre 1821, wo die Façade des Doms restaurirt wurde, fand der Eingang in die Kirche auf der Seite der Hof-Apotheke statt. Die Kanzel war zu einer Reparatur ebenfalls beseitigt worden. Da dies aber so ausgelegt wurde, als wäre es geschehen, um der Rede des Bischofs Eylert am Altare dieselbe Bedeutung zu geben, welche die Predigt gehabt haben würde, so befahl der König, daß sie für das nächste Ordensfest jedenfalls wieder aufgestellt werden sollte.

Man hatte die damals neuerfundene Lithographie benutzt, um den Text des Kirchenliedes und das Tedeum in dieser neuen Art zu vervielfältigen; der Versuch fiel aber so unglücklich aus, daß der Befehl erfolgte, das Lied aus dem Porstschen Gesangbuche Nr. 175 pag. 140, das Tedeum, dieses letztere nach einer neuen Uebersetzung, sowie die Liturgie ein für alle Mal ohne Jahreszahl zu drucken und jedesmal auszugeben.

Vom Jahre 1826 an hörte der Gottesdienst im Dome auf, und zwar wegen der ungewöhnlichen Kälte des Winters; derselbe wurde in der damaligen Schloßkapelle abgehalten, wobei es denn auch in den folgenden Jahren blieb.

Für den sehr beschränkten Raum in dieser alten Schloßkapelle waren folgende Anordnungen getroffen worden. Die neuernannten Ritter hatten sich an der Kaminwand aufzustellen; der kleine Altar war aus Charlottenburg nach Berlin gebracht worden. Die Musik des Kaiser Franz-Grenadier-Regiments war in der Loge auf der Fensterseite, die Militair-Liturgiesänger in der Loge auf der Kaminseite placirt. Im Rittersaal war der Thronsessel unter dem Throne weggenommen und vor demselben der Tisch hingestellt worden, der bisher bei Austheilung der Orden in der Rothen Kammer gebraucht worden war. Vor diesem, und zwar so stehend, daß die vorderen Frangen des Thronhimmels gerade über seinem Haupte hingen, hielt Bischof Eylert seine Rede.

Außer den neu ernannten Rittern und Inhabern nahmen nur so viel Ritter des Schwarzen und der 1. Klasse des Rothen Adlerordens, wie in der Kapelle Raum fanden, an dem Gottesdienste Theil.

Von der Zeit an, wo die ganze Feier auf einen Tag zusammengedrängt worden war, hatte sie stets, wenn der Sonntag nicht auf den 18. fiel, an dem darauf folgenden Sonntage stattgefunden. Davon wurde im Jahre 1827 abgewichen und das Fest auf Donnerstag den 18. verlegt.

Bis zum Regierungs Antritt König Frie-

jedenfalls einen Satz, gegen den der Reisende nicht ganz gerechtfertigt war, und der eine Beanstandung oder nähere Ermittelung nothwendig gemacht habe. Das wird uns zur Antwort, der Reisende wird freigelassen und darüber vergehen bei den Entfernungen und bei der Langsamkeit des Geschäftsverkehrs mehrere Wochen, und man hat so zu sagen das Nachsehen, es ist in der Sache nichts mehr zu ändern. Das sind aber Dinge, die nur durch Einzelbeschwerden verfolgt werden können und die für ein internationales Einschreiten, für eine drohende Haltung gegen einen mächtigen Nachbarstaat unmöglich einen Anlaß geben; sie liegen nicht in dem üblen Willen, sondern sie liegen in den eigenthümlichen Einrichtungen des Nachbarstaates. Eine Abhülfe im Großen und Ganzen kann nur dadurch geschafft werden, wenn das russische Reich sich dem Verkehr aus eigener Ueberzeugung, daß es in seinem Nutzen und in seinem Interesse liege, mehr als bisher öffnet und seine Gesetzgebung reformirt. Das können wir nicht erzwingen, das müssen wir abwarten; und jede Verhandlung in der Tonart, wie sie hier auf der Tribüne wohl angeschlagen werden kann, wie sie sich aber ein großer Staat, der sich selbst respektirt, nicht gefallen läßt, müssen nachher — plectuntur Achivi — die Unterthanen ausbaden, deren Verhältnisse dadurch nur noch schlimmer werden (Sehr richtig!)

Sie haben glaube ich, kein Recht, die kgl. Regierung anzuklagen, daß sie auf ihre Würde und auf den Schutz ihrer Unterthanen nicht eifersüchtig sei; bei jeder Gelegenheit aber sich auf die Macht und das Ansehen zu berufen und mit einer solchen befreundeten Regierung eine gereizte Korrespondenz hervorzurufen, halte ich nicht weise. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß dieselbe Regierung, die mit so großer Energie die Emanzipation der Bauern von der Leibeigenschaft durchgeführt hat, die bereit ist, in ihrer innern Verwaltung dem Geiste der Neuzeit Rechnung zu tragen, wie der Herr Interpellant es verlangt, und vielleicht noch darüber hinaus, unter Umständen, auch den Handel von den Fesseln emanzipiren werde, die jetzt auf ihm lasten, und welche die meisten Staaten des westlichen Europas längst abgeschüttelt haben. Aber, wie gesagt, es kann dies nur aus freier Erkenntniß der Richtigkeit dieser Politik, aus freiem Entschlusse der kaiserlichen Regierung geschehen, und die königliche Regierung muß sich darauf beschränken, das Entgegenkommen zu fördern. Sie hat zu diesem Behufe seit Jahr und Tag, einen besonderen Agenten ihrer Gesandtschaft attachirt, der gar keine weitere Aufgabe hat, als die einzelnen einflußreichen Leute von der Richtigkeit unserer Prinzipien und von den schädlichen Folgen der dortigen zu überzeugen und jeden Faden anzuknüpfen, den er finden kann, um unsern Grenzverkehr zu den Verhältnissen zu führen, die den politischen Beziehungen beider großen Nachbarvölker entsprechen. (Bravo!)

Damit ist diese Angelegenheit erledigt. — Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Budget-Commission über den Antrag des Abgeordeten Michaelis, betreffend die Verlegung des Etats-Jahres auf die Periode vom 1. Juli des einen bis zum 30. Juni des folgenden Jahres. Die Commission stellt folgenden Antrag: „Das Haus wolle beschließen: die königliche Staatsregierung aufzufordern, den Etat für das Jahr 1868 spätestens zu Anfang Oktober c., in künftigen Jahren aber den Etat wenigstens 4 Monate vor Anfang des Etats-Jahres dem Abgeordnetenhause vorzulegen.“ Abg. v. Vincke (Hagen) hat dazu den Abänderungs-Antrag gestellt, statt der Worte „wenigstens 4 Monate“ zu setzen: „rechtzeitig.“

Abg. Michaelis (Stettin) erklärt, daß er dem Commissions-Antrage gegenüber seinen Antrag aufrecht erhalte. Es erhebt sich über diesen Antrag eine Debatte, an der sich die Abgg. Reichensperger, Dr. Virchow, Twesten, v. Vincke (Hagen), der sein Amendement vertheidigt, betheiligen. Man dürfte die Regierung nicht in Schranken einengen, in denen sie sich nicht bewegen könne. Der Antrag des Abg. Michaelis sei, da man noch nicht wisse, wie das Verhältniß zum deutschen Parlament sich gestalten werde, sehr weitgreifend. Der verfassungsmäßige Zustand werde durch Annahme seines Amendements hergestellt.

Der Regier.-Komm. Geh. Finanz-Rath Wollny weist im Wesentlichen auf den Inhalt des Commissions-Berichtes hin. Bei der Verlegung des Etatsjahres auf den 1. Juli würde der Jahresabschluß in eine Zeit fallen, wo alle Geschäfte in vollem Gange seien, namentlich die Bauten. Die Veranlagung der directen Steuern erfolge nach dem Kalenderjahre, und auch dies spreche gegen den Antrag. Die Umgestaltung würde störend und verwirrend einwirken. Es sei noch nicht zu übersehen, in welche Jahreszeit die Sitzungen des Reichstages fallen werden. Landtag und Parlament aber könnten nicht gleichzeitig tagen. Auch dem Commissionsantrage könne die Staatsregierung nicht beitreten. Die Staatsregierung habe den ernsten Willen bethätigt, ihrerseits alles zu thun, um den Vorschriften der Verfassung zu genügen, und es sei ihr diesmal auch gelungen. Deshalb könne sie auch dem Verbesserungsantrage des Abg. v. Vincke nicht beitreten. Die Staatsregierung werde den Etat in Zukunft so früh, wie möglich, nicht so spät wie möglich, vorlegen. Die Staatsregierung könne deshalb nur wünschen, daß über die Anträge zur Tagesordnung übergegangen werde. — Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. v. Hoverbeck spricht seine Verwunderung darüber aus, daß die Staatsregierung sich sogar gegen den Antrag des Abg. v. Vincke erkläre. Bei der Stellung, welche die Staatsregierung heute eingenommen, müsse er sich für den Antrag Michaelis aussprechen.

Abg. Graf Schwerin stellt folgenden Antrag: „In der Erwartung, daß die Staatsregierung den Etat in Zukunft rechtzeitig vorlegen werde, geht das Haus über den Antrag des Abg. Michaelis zur Tages Ordnung über. Der Antrag wird ausreichend unterstützt. — Der Regierungs-Kommissar erklärt, daß die Regierung materiell mit diesem Antrage einverstanden sei, als sie ja schon bewiesen habe, wie viel ihr daran gelegen sei, den Etat rechtzeitig zu Stande zu bringen. — Ein wiederholter Antrag auf Schluß der Debatte wird abermals abgelehnt. — Abg. v. Gerlach (Gardelegen) spricht gegen den Antrag des Abg. Michaelis und sämmtliche Unteranträge und empfiehlt den Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Graf Schwerin freut sich, daß die Staatsregierung nicht mehr an den Gesichtspunkten des Staatsministerialbeschlusses vom Jahre 1850 festhält und will es deshalb auch der Staatsregierung überlassen, die Mittel und Wege ausfindig zu machen, u dem Antrage soviel als möglich zu entsprechen, darum habe er den Antrag auf motivirte Tagesordnung gestellt. Die Diskussion ist geschlossen. Bei der Abstimmung über alle Anträge wird der Kommissionsantrag abgelehnt.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 26. Januar.

(58 Sitzung.) Präsident v. Forckenbeck. Am Ministertische Frhr. v. d. Heydt und mehrere Regierungs-Commissare. (Die Bänke des Hauses und die Tribünen sind spärlich besetzt). — Vor dem Eintritt in die Berathungen theilt der Präsident dem Hause mit, daß die heutige Tagesordnung nöthigenfalls durch eine Abendsitzung erledigt werden müsse, da in der nächsten Woche täglich Plenar-Sitzungen zur Erledigung der noch vorliegenden Sachen stattfinden sollen. Der Präsident forderte deshalb die Abgeordneten auf, sich der überflüssigen Länge bei den Discussionen zu enthalten. (Bravo.) Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Berathung der Petition des Bäckermeisters Lippart wegen Steuerüberbürdung.

Abgeordneter v. Hennig überreicht eine Erklärung von Vertrauensmännern des Lepart, welche mit dem vom Abg. Scharnweber gestern verlesenen Protokoll im Widerspruch steht, und erachtet deshalb den Commissions-Antrag für gerechtfertigt.

Der Finanz-Minister Frhr. v. d. Heydt erklärt, daß je nach dem Ausfall der angeordneten Untersuchung dem Petenten volle Gerechtigkeit widerfahren werde.

Abg. Frhr. v. d. Schulenburg (Gardelegen) spricht für Uebergang zur Tagesordnung. Die Gerechtigkeit sei in Preußen noch nicht ausgestorben, wie das historische Beispiel des Müllers von Sanssouci beweise. Das Werk der preußischen Staatsmaschine, an dem eine Reihe Könige ohne Gleichen gearbeitet, steht von allen Seiten bewundert da. Hören Sie auf, ich bitte Sie, fortwährend Sand in die Maschinerie zu werfen, um sie zum Stillstand zu bringen

Finanzminister Frhr. v. d. Heydt: Den Ausführungen des Hrn. Vorredners kann ich mich nicht anschließen, ich glaube nicht, daß er dadurch die Sache, welche er vertheidigt, gefördert hat.

Abg. v. Bonin: Der Bericht der Kommission ist weder ungenügend noch parteiisch. Was ich tadele ist, daß die Regierung den Landrath Scharnweber, gegen den die Beschwerde des Pippart gerichtet war, mit der Untersuchung der Sache beauftragt hat. Wenn auch der Herr Landrath gerade nicht direkt politische Motive hat obwalten lassen, so glaube ich doch, daß dies indirekt geschehen ist. Die Sache selbst, glaube ich, befindet sich jetzt, wo die Staatsregierung die Untersuchung definitiv angeordnet hat, in einer Lage, daß wir dem Kommissionsantrage nicht beistimmen könnten, sondern, wie ich bestimmt beantragt habe, mit Rücksicht auf die Erklärung der Regierung zur Tagesordnung übergehen müssen. Wenn der Hr. Vorredner und seine Partei das Vorhandensein des Steuerdrucks ableugnen wollen, so bin ich in der Lage, die Gegenbeweise hier anzuführen. Sonderbar ist es allerdings, daß dieser Steuerdruck auf der konservativen Seite nicht gefühlt wird. Ich bitte meinem Antrage Folge zu geben. (Bravo! links, Zischen rechts.)

Abg. Scharnweber: In Betreff der Art, wie ich die Nachricht erhalten habe, daß die Regierung die Sache durch einen besonderen Kommissar untersuchen lassen will, entgegne ich dem Herrn Abg. Grafen Schulenburg, daß ich freilich keine offizielle Nachricht erhalten, sondern, daß ich es nur von dem Decernenten erfahren habe, zu dem ich mich begeben hatte, um die Akten wieder zu bekommen. Was die Aeußerungen des Herrn v. Bonin angeht, so weiß ich zwar nicht, ob er einmal Landrath gewesen ist (Ruf links: Ja wohl!), ich möchte es bezweifeln, wenigstens war er es in der Zeit, wo die Geschäfte der Landräthe noch nicht so umfangreich waren, wie jetzt. Jetzt wird man ihnen nicht zumuthen, daß sie die spezielle Revision der Steuerlisten selber vornehmen. Wenn dies nun aber auch der Kreis-Secretär thut, so wird doch keine Erhöhung vorgenommen, ohne Wissen des Landraths. Daß es aber als unpassend bezeichnet wird, wenn der Kreissecretär mit dem Schulzen zuerst über Steuerangelegenheiten spricht und beim Fortgehen fragt, wie es in Lindenberg stehe und wie es dort mit der politischen Stimmang aussehe — wie man in diesen Fragen einen Zusammenhang und Bedenken finden konn, begreife ich nicht, und ich weiß nicht, wo alle Zeit herkommen soll, wenn solche Fragen wer weiß wie lange von einander getrennt werden sollen. Wenn aber behauptet wird, der Beweis dafür, daß der Bericht parteilich sei, sei mir nicht gelungen, so will ich Sie nicht ermüden, daß ich Alles, was ich gestern sagte, nochmals wiederhole; ich verweise aber darauf, um Ihnen das Gegentheil zu zeigen. Heute Morgen hat sich bei mir noch ein Zeuge gemeldet, der mir versichert hat, daß die Vertrauensmänner dem Kreissecretär das Einkommen des Petenten auf 1000 Thlr. angegeben hatten. Wenn Herr von Bonin es für ungehörig hält, daß derjenige Beamte, gegen den die Anklage gerichtet wäre, mit der Untersuchung beauftragt sei, so wundert es mich sehr, daß der Vorsitzende der Kommission so wenig in die Sache eingedrungen ist, um so zu urtheilen. Die Anklage ist gegen den Kreissecretair gerichtet, nicht gegen mich, und da ich der directe Vorgesetzte des Kreissecretärs bin, so ist es auch ganz sachgemäß, daß ich mit der Führung der Untersuchung beauftragt werde. Nichtsdestoweniger halte ich es für erwünscht, daß ein anderer Kommissar ernannt wird; vielleicht kommt es dann nicht vor, daß die Leute ihre Aussagen hinterher bestreiten oder der Petent die und die Aeußerung von dem Vorsitzenden gehört haben will, die dieser durchaus bestreitet.

Abg. v. Bonin (persönlich): In meiner langen Amtspraxis habe ich immer gefunden, daß Anklagen gegen den Kreissecretär immer auch gegen das Landrathsamt und gegen den Landrath gerichtet sind. (Lärm. Freiherr v. Vincke begibt sich zum Abg. v. Bonin und macht ihm augenscheinlich unter lebhaften Handbewegungen Vorwürfe wegen dieser Aeußerung, die Linke ist deshalb in großer Aufregung, Präsident läßt die Glocke ertönen und meint, der Gegenstand sei doch nicht dazu angethan, eine solche Aufregung hervorzubringen.)

Abg. v. Bonin hält seinen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung aufrecht.

Abg. Scharnweber: Ich weiß nicht, ob früher eine so siamesische Verschmelzung zwischen Landrath und Kreissekretär stattgefunden hat; jetzt ist das nicht der Fall. Soll etwa der Landrath angeklagt werden, wenn der Kreissekretär gestohlen hat?

Es folgen noch eine Reihe von persönlichen Bemerkungen zwischen den Schriftführern und dem Grafen v. Schulenburg (Salzwedel) über einen gestrigen Zwischenfall, bei Feststellung der Rednerliste, und zwischen dem Finanzminister einer und den Abgg. Scharnweber, Graf Schulenburg über die Absendung der Verfügung an den Landrath, bezüglich der Einsetzung eines besonderen Commissarius andererseits.

Referent Berger (Solingen) vertheidigt sich, den Bericht und die Commission gegen die Angriffe der Abgg. Scharnweber und Graf Schulenburg und bittet, bei der Wichtigkeit der Sache, die Petition durch Uebergang zur Tagesordnung zu beseitigen. Nach persönlichen Bemerkungen des Abg. Scharnweber und des Referenten wird bei den Abstimmungen die einfache Tagesordnung verworfen, dagegen die motivirte Tagesordnung des Abg. v. Bonin angenommen.

Auf Antrag der Handelscommission wird der am 2. November 1865 zwischen Preußen, Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Italien, Rußland und der Türkei abgeschlossenen Convention unter dem Titel: „Acte public relatif á la navigation des embouchures du Danube“ ohne Discussion die verfassungsmäßige Zustimmung ertheilt.

Es folgt mündlicher Bericht der vereinigten Finanz- und Handelscommission über eine Petition des Kaufmanns A. Reischel zu Dorsten, betreffend die Aufhebung der Lippe-Schifffahrts-Abgaben. — Nachdem der Finanzminister sich zustimmend ausgesprochen, wird der Antrag der Commission: die vorgedachte Petition der Staatsregierung als Material bei der beabsichtigten Reform der Lippe- und Ruhr-Schifffahrts-Abgaben ohne Debatte angenommen.

Bei dem darauf folgenden mündlichen Bericht der Commission für Finanzen und Zölle über eine Petition der Weber Johann Blom und Genossen zu Hermsdorfgrüssau vom 15. Decbr. 1867 wegen Herabsetzung der Eingangszölle für leinen Garn beantragt die Commission durch den Ref. Abg. Reichenheim die Staatsregierung aufzufordern, auf die Herabsetzung des Eingangszolls für rohes leinenes Maschinengarn auf 15 Sgr. pr. Centner hinzuwirken.

Nachdem der Finanzminister sich für den Commissionsantrag ausgesprochen, beantragt der Abg. Jansen (Gladbach) Uebergang zur Tagesordnung. Dem tritt der Reg. Commissar Geh. Rath Winter und der Abg. Michaelis (Stettin) entgegen. — Der Commissionsantrag wird darauf fast einstimmig angenommen.

Fünfter Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht der Commission für Finanzen und Zölle über eine Petition des Geh. Rechnungs-Raths a. D. Sametzky um Abstellung seiner ganz gesetzwidrigen Heranziehung zur Einkommensteuerzahlung. Die Commission beantragt, die Petition der Staatsregierung mit dem Ersuchen zu überweisen, so schleunig als möglich die Einschätzungs-Commission darauf aufmerksam zu machen, daß Capitalien, welche aus dem Verkauf von Grundstücken gelös't werden, als ein Jahreseinkommen nicht angesehen, vielmehr nur mit ihrem Zinsbetrage als steuerpflichtiges Einkommen herangezogen werden können. — Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Sechster Gegenstand der Tagesordnung: Mündlicher Bericht der Commission für Finanzen und Zölle über eine Petition der Ortsvorstände des Ober-Amtsbezirks Hechingen, betreffend die definitive Uebernahme der Kosten der ausgeführten Parcellar-Landesvermessung des Fürstenthums Hechingen auf die Landeskasse der hohenzollernschen Lande. Der Commissionsantrag die Petition der Regierung zur Benutzung zu überweisen, wird angenommen.

Letzter Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht der Commission für das Justizwesen, betreffend das Schreiben des Justizministers wegen Ertheilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung der Beleidigungen des Abgeordnetenhauses enthaltenden Nr. 44 der in Gumbinnen erscheinenden Zeitung „Bürger- und Bauernfreund“. Die Commission beantragt, die Genehmigung nicht zu ertheilen.

Referent Abg. Vering verliest den betreffenden Artikel, der die ersten Beschlüsse des Hauses, die Indemnitätserklärung ꝛc. einer schneidenden Kritik unterwirft, und findet in

---

drich Wilhelms des 4. blieb nun die Feier des Ordensfestes unverändert. Nur 1832 wurde statt des Tisches vor welchem Bischof Eylert die Festrede hielt, das Betpult aus der Kapelle im Königlichen Palais (jetzt Palais Sr. Königlichen Hoheit des Kronprinzen) gestellt, und eine Estrade vor demselben angefertigt, auf welcher der Redner stehen konnte.

Diese Weihe-Reden des Bischofs Eylert, welche jedes Mal in dem amtlichen Berichte über den Verlauf des Ordensfestes vollständig mit abgedruckt wurden, erhielten durch die Gelegenheit, den Ort und die Versammlung, der sie zunächst gehalten wurden, eine Bedeutung, die sie in der sonst an öffentlichen Reden armen Zeit wie ein Ereigniß erscheinen ließ. Die Leipziger „Allgemeine Zeitung“ vom 28. Januar 1841 sagt darüber in einem Schreiben aus Berlin:

„Der Redner an diesem Feste ist gleichsam das Organ des Herrschers, und man weiß, wie der Inhalt in völliger Uebereinstimmung mit den Empfindungen desselben steht. Die am Krönungsfeste gehaltenen Reden haben fast den Schein einer Thronrede, in welcher dem Volke gesagt wird, welches die Wege und Grundsätze sind, auf welchen das Staatsgebäude ruht und weiter schreitet; was die Nation von ihrem Fürsten zu hoffen habe, und was dieser von allen getreuen Dienern und allen Gliedern des Staates erwarte. Diese Reden sind eine politische Thatsache!“

Dieser Behauptung gegenüber liegt die eigene Aussage des Bischofs Eylert vor, welcher bezeugt, daß der König ihm nie ein Thema aufgegeben und auch nie eine vorherige Durchsicht des Entwurfes verlangt, sondern alles der Selbstbestimmung des Redners überlassen habe. Nur zweimal, und zwar in den Jahren 1831—1832, habe er, der damaligen Zeitverhältnisse wegen, die Reden dem Könige vorher zur Durchsicht und Genehmigung vorlegen müssen. Somit sind die Voraussetzungen eines Berichterstatters der Leipziger Zeitung irrig, also auch die daraus gezogenen Folgerungen.

Unter der Regierung des Hochseligen Königs Friedrich Wilhelms des 4. hat die Feier des Ordensfestes durch den Bau der Schloßkapelle, die prachtvolle Restaurirung des Weißen Saales und sämmtlicher für das Ordensfest verwendeten Räume des Königlichen Schlosses, sowie durch Wiedereinführung der Kapitel und Investituren des Schwarzen Adlerordens einen ihrer Bedeutung entsprechenden Abschluß erhalten. Der feierliche Gottesdienst gelangt in der schönen, würdig ausgestatteten Schloßkapelle zu voller Gestaltung und tiefergreifender Wirkung; — der gesammte Königliche Hof begeht in der Fülle seiner ceremoniellen Pracht dieses Fest in Mitten einer Versammlung, deren Mitglieder aus allen Klassen und Ständen des preußischen Volkes dazu berufen sind.

So tritt der Königliche und zugleich nationale Charakter dieses, unserem Vaterlande eigenthümlichen Festes, wie es von den preußischen Königin fortschreitend gestaltet ist, klar und deutlich vor Jedermanns Augen.

diesem Artikel nur eine sehr scharfe Kritik, meint aber daß von conservativer Seite weit herbere Anklagen gegen das Haus geschleudert worden seien, ohne daß der Herr Justizminister eine Anklage verlangt habe. — Redner verlies't einen Artikel aus einem Buch über die Politik der preuß. Regierung unter großer Unruhe des Hauses gegen den der Artikel des „Bürger- und Bauernfreundes" sich noch der Milde befleißigt und empfiehlt schließlich den Commissionsantrag.

Abg. Frenzel empfiehlt unter Beleuchtung der eigenthümlichen Stellung des „Bürger- und Bauernfreundes" gleichfalls den Commissionsantrag, dem auch Abg. Graf Eulenburg nicht entgegen ist, obgleich ihm der animus injuriandi des Artikels ganz unzweifelhaft erscheint.

Der Commissionsantrag wird angenommen.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr. Tagesordnung: die drei Gesetzentwürfe wegen verschiedener Steuerverordnungen im Jahdegebiet. Antrag Rohden. Gesetzentwurf wegen der Agenten von Versicherungsgesellschaften. Vorfluthsgesetz. Gesetzentwurf wegen des ehelichen Güterrechts im Bezirke des Justiz-Senats zu Ehrenbreitenstein.

In- und Ausland.

Preußen. □ Berlin, 26. Jan. Die Haltung Bayerns soll in Paris Mißfallen erregt haben. Man fabelte von einer Note, welche die französische Regierung nach Berlin gesandt, um sich über die Haltung Bayerns zu beschweren. Die Erdichtung wurde durch Pariser Blätter gerügt und glauben wir uns daher auf die thatsächliche Bemerkung beschränken zu können, daß das Auftreten des Fürsten Hohenlohe keine Veranlassung zu einer diplomatischen Aeußerung des Pariser Hofes geworden, der sich im allerbesten Einvernehmen mit der preußischen Regierung befindet und dem eine Ausbeutung dessen, was als „wunde Stelle" oder „schwacher Punct" des Prager Friedens bezeichnet wird, gänzlich fern liegt. Bremen hatte sich schon früher mit dem 24. Februar als Einberufungstermin des norddeutschen Parlaments einverstanden erklärt. Jetzt haben auch Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin, Lippe-Detmold und der Hamburger Senat hier Anzeige gemacht, daß in jedem dieser Staaten der erwähnte Termin für die Einberufung offiziell bekannt gemacht worden. — In Kassel ist eine General-Kommission nach dem Modus der in Preußen seit Jahren eingeführten Ablösung der Servitute errichtet worden. — Für das in Berlin zu begründende landwirthschaftliche Museum werden auf der Pariser Ausstellung Einkäufe gemacht werden. — Die Victoria-National-Stiftung hat in neuer Zeit größere Regsamkeit gezeigt, so daß sie im Stande war, die Bildung von 50 Zweigvereinen anzumelden. — Laut einer am 31. Dezember v. J. vollzogenen Revision beläuft sich das beim Central-Comitee des „National-Dank" angesammelte Vermögen auf 185,320 Thlr.

— Immer sind es noch die alten Fragen, denen die Politiker, in Ermangelung anderen Stoffes, besondere Seiten abzugewinnen suchen. In Deutschland wird vor allem Anderen der Anschluß der süddeutschen Staaten an den Norddeutschen Bund mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt und behandelt. Nach allen uns zugehenden Nachrichten macht sich eine gewisse Wandlung zu gunsten eines solchen Anschlusses nun auch selbst in Württemberg bemerkbar, und sogar die sogenannten föderalistischen Demokraten des letztgenannten Landes, bisher entschiedene Gegner des von Preußen erstrebten Deutschthums, zeigen allmählig das Bedürfniß der Annäherung. So wird aus Stuttgart mitgetheilt, daß ein Vorkämpfer dieser Partei bei einem Festmahle einen Toast auf Preußen ausgebracht und erklärt hat, alle Anwesenden würden mit ihm gewiß der Ansicht sein, daß man sich kein Deutschland ohne Preußen denken könne.

— Die Wehrkraft der süddeutschen Staaten stellt sich nach den Berechnungen eines Correspondenten des „Fr. Journ." folgendermaßen, wenn diese Staaten die preußische Organisation annehmen: Bayern stellt 120,000 Mann Linie und 100,000 Mann Landwehr; Würtemberg 40,000 Mann Linie, 30,000 Mann Landwehr, Baden 30,000 Mann Linie, 24,000 Mann Landwehr, Hessen 16,000 Mann Linie, 12,000 Mann Landwehr. Zusammen 206,000 Mann Linie, 166,000 Mann Landwehr, welche in 5 Armeecorps sich der preußischen Führung unterstellen würden.

— Die Frankfurter — wir meinen die am Main — sind zum Theil sonderbare Leute und dieser Theil verdient es wohl, durch Hrn. Classen-Kappelmann vertreten zu werden. Während sie sich ihrerseits alle Mühe geben, nicht Preußen zu sein und zu werden, erheben sie andererseits den Anspruch, von der preußischen Regierung als besondere Lieblingskinder angesehen und behandelt zu werden. Namentlich sind sie in Bezug auf den Geldpunkt sehr gefühlvoll und erheben durch alle Tonarten den Anspruch die von ihnen erhobene Contribution von 6 Millionen Gulden zurückerstattet zu erhalten.

Selbstverständlich dürfte hierbei eine Täuschung unterlaufen und auch die neueste Argumentation, wonach jene Schuld eine Staatsschuld Frankfurts und nach dem Aufhören des Staates Frankfurt auf den Staat Preußen übergegangen sein soll, sich nicht als stichhaltig erweisen.

Haben doch selbst die alten Preußischen Provinzen noch ihre besonderen Kriegssteuern, die sie in sich selbst aufbringen müssen.

(N. P. Z.)

— Ein Königlicher Erlaß vom 2. October 1866 verkündete bekanntlich eine Amnestie für diejenigen Individuen, welche im vorjährigen Kriege bei den mobilen Truppen gedient und ein Anrecht auf das unter dem 20. September 1866 gestiftete Erinnerungskreuz an den jüngsten Feldzug erworben hatten. Es sollte nämlich allen Personen dieser Gattung, welche vor dem Eintritt oder der Wiedereinziehung in den activen Dienst wegen einer Uebertretung zu einer Geldstrafe bis zu 100 Thlr. oder zu einer Freiheitsstrafe bis zu 6 Monaten durch die Civilgerichte rechtskräftig verurtheilt waren, die Strafe, so weit sie noch nicht vollstreckt war, in Gnaden erlassen sein. Durch eine neue, auf Antrag des Staatsministeriums erlassene Verfügung Sr. Majestät ist diese Amnestie noch erweitert worden. Eine Königl. Cabinets-Ordre vom 3. d. M. bestimmt nämlich, daß der Gnadenerlaß auch auf diejenigen Fälle Anwendung finden soll, in denen gegen die oben bezeichneten Personen von einer Verwaltungs-Behörde wegen Uebertretungen Geld- oder Freiheitsstrafen innerhalb der angegebenen Grenzen festgesetzt worden sind. Von Seiten der Ressort-Minister ist diese Allerhöchste Ordre den Verwaltungsbehörden zur Kenntnißnahme und weiteren Veranlassung bereits zugefertigt worden. (K. Z.)

— Ueber die Behandlung der durch den Telegraphen beförderten Staatsdepeschen ist der „Köln. Z." zufolge dieser Tage eine geschärfte Weisung ergangen und dabei bestimmt worden, daß, da die Staatsdepeschen in vielen Fällen von der größten Wichtigkeit sind und jede Verzögerung oder sonstige Unregelmäßigkeit in der Beförderung derselben allersorgfältigst vermieden werden muß, derjenige Beamte, welcher eine derartige Depesche an- oder per Apparat aufnimmt, dieselbe dem Aufsichtsbeamten zu übergeben hat, welcher Letztere persönlich dafür verantwortlich ist, daß eine solche Depesche ohne allen Zeitverlust richtig befördert, beziehentlich weiter befördert, oder am Orte bestellt wird.

— Nachdem nun der Vertrag zwischen der preußischen und der mecklenburgisch-strelitzschen Regierung wegen des Baues einer Eisenbahn von Berlin nach Stralsund abgeschlossen ist, hat die Gesellschaft, welche sich für die Ausführung der Bahn unter der Leitung des Geheimen Finanzraths Loewe gebildet, den Nachweis zu führen, daß die nöthigen Mittel für den Bau vorhanden sind. Sobald die Regierung sich die Gewißheit verschafft hat, daß die Gesellschaft den zu stellenden Bedingungen genügen kann, dürfte der Ertheilung der Erlaubniß zum Beginn des Baues nichts weiterenste entggehen.

England. London, 23. Januar. Die meisten unserer pariser Correspondenten stimmen jetzt in dem Einen überein, daß die neuen Maßregeln des Kaisers in Paris wie im übrigen Frankreich keinen angenehmen Eindruck hervorgebracht haben. Ein Correspondent der Pall Mall Gazette schildert die Lage in folgender Weise: „Es giebt Momente in denen die Stimmung Frankreichs so eigenthümlich stutzig ist, daß sie Alles und Jedes von der schlimmsten Seite auffaßt und jene gewisse Geistes-Unbehaglichkeit erzeugt, welche einer Katastrophe vorherzugehen pflegt. Ein Franzose verglich diese Stimmung einmal mit dem Gefühle einer eleganten Dame, die im Salon von dem Gedanken beschlichen wird, schlechte Toilette gemacht zu haben. Thatsache ist, daß Frankreich gegenwärtig mit seiner Toilette, d. h. seiner Stellung in der Welt, unzufrieden und deßhalb geneigt ist, auf alle Welt, zumal auf seinen Costumier, böse zu sein. So lange die Franzosen mit ihrer Toilette zufrieden waren, zahlten sie die schweren Rechnungen ohne Brummen; seitdem dies nicht der Fall ist, halten sie sich für geprellt und finden Jegliches zu theuer. Sei doch Alles leerer Flitter gewesen, sagen sie, und schimpfen sie auf das, was sie früher applaudirt hatten, auf die Feldzüge in der Krim und in Italien beinahe eben so heftig wie auf den bösen Fehlgriff in Mexico und den offenbaren Mißgriff Preußen gegenüber." Der betreffende Correspondent ergeht sich über dieses Thema in weitere Details, schließt jedoch damit, daß sich diese grollende Stimmung allmählich wieder legen werde, und daß Frankreich sich durch dieselbe nicht werde zu Gewaltschritten hinreißen lassen. — Das newyorker Gerücht, Amerika stehe im Begriff, den Dänen die Insel St. Thomas für 15 Mill. Dollars abzukaufen, ja, es sei diese Summe bereits nach St. Thomas unterwegs, ist mit Vorsicht aufzunehmen. Von anderer Seite wird gemeldet, es handle sich bloß um die Erwerbung der Bai von Samana an der Hayti'schen Küste, zu deren Erwerbung der Congreß 200,000 Dollars ausgesetzt habe. Den Ankauf sollte der Hülfs-Staatssecretär Friedrich Seward, der am 2. Januar mit dem Dampfer „Don" von Annapolis abgefahren ist, besorgen. Daß die Vereinigten Staaten sich nach einer passenden Station auf einer der westindischen Inseln umsehen, ist längst bekannt. — Das in verwichener Nacht eingetretene Thauwetter hat heute den ganzen Tag über angehalten, worüber London in diesem Augenblicke aufrichtiger erfreut ist, als über die entfernte Aussicht auf eine gute Reformbill.

Lokales und Provinzielles.

Danzig, 28. Januar)

* (Zu den Parlamentswahlen) werden im heutigen Intelligenzblatt die Wähler des 6. Bezirks zu einer Besprechung au Montag, d. 28. Januar Abends 7 Uhr im oberen Saale des Gewerbehauses eingeladen. — Die Fraktion Rickert erläßt heute zum Intelligenz-Blatt eine im larmoyanten Tone abgefaßte Extra-Beilage, in der sie die „Mitbürger" auffordert, doch für ihren Kandidaten Twesten (und nicht für den Röckner'schen Langerhaus!) zu stimmen, der „nicht Gefahr, nicht Verfolgung achtend, wieder und wieder seine Stimme erhoben hat gegen Willkür und Unrecht" und dieses auch ferner zu thun nicht unterlassen zu wollen verspricht — Herr Twesten wird wie Herr Dr. Langerhaus, dem verehrungswürdigen Publikum demnächst im Schützenhaussaale vorgeführt werden.

—(Feuer.) Gestern Abend war ein Feuerschein im Danziger Werder weithin sichtbar.

—(Zaun-Diebstähle) kommen in Langfuhr und U[illegible]gegend fast in jeder Nacht vor, weil durch die geringe Arbeit auf den Holzfeldern der Arbeiterstand nicht in den Besitz von Holzabfällen für den häuslichen Bedarf gelangt.

— (Versammlung der Fortschrittspartei.) Am Freitag hielt die Fraktion Röckner unter Vorsitz des Herrn Justizrath Weiß eine Sitzung im Schützenhause, um den von Berlin hierher berufenen Kandidaten für das norddeutsche Parlament, Dr. Langerhans, seinen Wählern vorzustellen und Letzteren Gelegenheit zu geben, sich über die politische Gesinnung desselben zu vergewissern. Der Vorsitzende erklärt zunächst den Vorwurf der Fraktion Rickert, daß die letzte Unterzeichnung des Wahlaufrufs Veranlassung zu Mißverständnissen gegeben habe, für ungerechtfertigt und ertheilt Herrn Dr. Langerhans das Wort. Derselbe wird mit lebhaften Aklamationen empfangen und giebt sich demnächst als Mitglied des geschäftsleitenden Ausschusses des Central-Comités für die Leitung der liberalen Wahlen in Preußen zu erkennen, bezeichnet die zwischen ihm und Twesten obwaltenden Differenzen in der Politik als aus der September-Erklärung der 24 Abgeordneten hervorgegangen, indem er nicht die Indemnität bewilligt haben würde, wenn nicht zuvor die Budget- und innern Fragen erledigt worden wären. Auf mehrere an Redner gerichtete Anfragen bezüglich seines früheren Verhaltens im Abgeordnetenhause erklärt derselbe, daß er die Reichsverfassung vom Jahre 1849 als ein vollkommenes Werk halte, was wohl geeignet gewesen wäre, alle Streitigkeiten in Deutschland zu beseitigen, doch wäre diesel e leider nicht zur Geltung gelangt. Liebäugeleien mit der polnischen Fraktion wären ihnen zwar auch zum Vorwurf gemacht, doch hätte er niemals die Interessen der deutschen Wähler seines Kreises hintenangestellt. Der Vorsitzende hält nach diesen Erklärungen die Wahl des Herrn Dr. Langerhans für einen guten Griff und ersucht die Versammlung, solche durch Erheben von den Sitzen als angenommen zu bekunden. Die etwa 600 Köpfe zählende Versammlung erhebt sich und bringt auf den Kandidaten ein Hoch aus. Herr Instiz-Rath Weiß schließt die Sitzung mit dem Hinzufügen, daß die Spaltung der liberalen Partei derselben schließlich noch zum Segen gereichen werde, da solche die Theilnahme an der Wahl fördere und gewiß nicht befürchten lasse, daß die konservative Partei davon profitiren werde.

— (Schwurgerichtsverhandlung vom 26. Januar cr. 1) Auf der Anklagebank befindet sich der Schiffszimmermann Friedrich George wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen an einer Person unter 14 Jahren. Vertheidiger Herr Justizrath Poschmann. Die Oeffentlichkeit wurde bei der Verhandlung ausgeschlossen und da der Angeklagte geständig, vom Gerichtshof zu 2 Jahren Zuchthaus verurtheilt. — 2) Auf der Anklagebank befindet sich der Einlieger Franz Wolski wegen vorsätzlichen Meineid. Vertheidiger Herr Justizrath Besthorn. Der Angeklagte so wie die Zeugen sind nur der polnischen Sprache mächtig und mußte durch Vermittelung des Dolmetschers verhandelt werden. Der Einlieger Wolski schuldete dem Herrn Rechtsanwalt Weidner in Carthaus 1 Thlr. 23 sgr. an Gebühren und zog sich wegen Zahlungsverweigerung einen Prozeß zu, welcher zur Pfändung führte. Die Letztere fiel fruchtlos aus, in Folge dessen wurde der Angeklagte aufgefordert ein Vermögenverzeichniß einzureichen und den Manifestationseid zu leisten. Nach Ableistung des Eides stellte sich heraus, daß der Angeklagte wissentlich Vermögensobjecte verheimlicht und somit einen Meineid geleistet habe. Der Gerichtshof verurtheilt Wolski zu 2 Jahren Zuchthaus.

— (Konzert). Das 2. Abonnements-Konzert des Instrumental-Musik-Vereins, welches unter gefälliger Mitwirkung unserer ersten Opernkräfte am vorigen Sonnabend stattfand, hatte wiederum die weiten Räume des Schützenhaussaales fast ganz gefüllt. Das Konzert wurde mit Mendelssohn's schwungvoller Ouvertüre zu „Ruy Blas" eröffnet. Das romantische, farbenreiche Werk, eine der herrlichsten Malereien in Tönen, wurde recht wacker executirt. Dann hörten wir Beethoven's „Adelaide" und „An der Weser" von Pressel, welche von Herrn Frank mit Gefühl und Ausdruck vorgetragen wurden und dem beliebten Sänger reichlichen Beifall eintrugen. „Du klarer Stern", ein sehr ansprechendes Lied von Lindner, wurde von Herrn Melms sehr schön gesungen und ebenfalls lebhaft applaudirt. Den Schluß des ersten Theils bildete Mozart's herrliche C-moll-Symphonie, welche mit Präcision gespielt wurde. — Der zweite Theil des Konzerts brachte zunächst zwei von Herrn Direktor Fischer mit gewohnter Meisterschaft vorgetragene Gesänge von Schubert (Der Doppelgänger) und Abt, (am Neckar, am Rhein). Eine Arie aus „Maria de Rudenz" von Donizetti, von Herrn Melms gesungen, beschloß den vocalen Theil des Konzerts. Die letzte Nummer des überreichen Programms bildete die B-dur-Symphonie von Gade. Der bedeutende Komponist, durch dessen Werke ein Hauch bezaubernder Romantik geht, hat in diese Symphonie, welche wir als eine seiner besten bezeichnen können, eine Fülle reizender Motive und origineller Ideen verwebt. Namentlich sind die beiden ersten Sätze sehr schön instrumentirt und von ergreifender Wirkung. Auch das Allegro vivace ist sehr schwungvoll gearbeitet.

M.

(Theater.) Wie wir hören wird in nächster Zeit auf unserer Bühne eine dramatische Novität von größerer Bedeutung in Scene gehen, worauf wir das Publikum im Voraus aufmerksam machen möchten. Es ist das Schauspiel Maria Stuart in Schottland von M. v. Eschenbach. — Wir haben in dem Werke manches Goldkorn echter Poesie gefunden und können es den besten Erzeugnissen der neueren dramatischen Literatur beizählen. Wir sind fest überzeugt, daß das Stück bei guter Besetzung das Interesse des Publikums in hohem Grade fesseln wird. M.

— (Feuerbericht). Am Sonnabend Abend 1/48 Uhr entzündete sich in Folge starken Feuers auf einem Kochheerde ein Schornstein in dem Hause Vorstädtschen Graben Nr. 2. Die Feuerwehr wurde requirirt und beseitigte diese die Gefahr in kurzer Zeit.

— (Traject über die Weichsel). Terespol: Kulm per Kahn bei Tag und Nacht. Warlubien: Graudenz unterbrochen. Czerwinsk: Marienwerder über das Eis nur bei Tage.

(Aufruf an alle Barmherzigen.) Wir, die gehorsamst Endesgefertigten, Spatzen, Finken, Ammern, Meisen, Amseln 2c. ersuchen hiermit sämmtliche Natur-, Thier- und Menschenfreunde, insbesondere des löblichen landwirthschaftlichen Standes, anjetzt nach hereingebrochener grausamer Winterszeit, Schnee und Kälte uns für einstweilen als schmarotzende Kostgänger annehmen zu wollen und uns an geeigneten Orten von Zeit zu Zeit ein paar Hände voll Unsamen, Korn, Habermuß, Brosamen 2c. hinzustreuen, indem wir auf unsere Ehre versprechen, solche mildthätige Atzung damit völliglich zu bezahlen, daß wir zur Frühlings- und Sommerszeit alles vorhandene Ungezieser beflissentlichst wegfressen und schon anjetzt auf die vorhandenen Raupennester, Puppen und Eier emsig vigiliren. Namens der hungrigen Hauptversammlung. Der Central-Ausschuß.

Handel und Verkehr.

Danzig, 28. Januar 1867.

Bahnverkäufe.

Weizen, hellbunt, fein und hochbunt: 124/5 —126 tl. 95, 97½—96, 98, weiß 100 Sgr; 127—129 tl. 97½, 101½—100, 103½ Sgr; 130, — 131/2 tl., 132 — 133 tl. fein 104, 107½ Sgr — Weizen bunt, dunkelbunt und abfallende Qualität 118/19/121/22 tl., 83, 86— 86, 87½, Sgr, 122/23—124/25 tl. 87½, 90—90, 92½ Sgr, 126/27 tl. 92½, 95 Sgr pr 85 tl. pr Schffl. einzuwiegen.

Roggen, 120 — 122 tl. 57½—58½ Sgr, 124 — 126 tl., 59½—60½ Sgr 127 — 128 tl. 61 — 61½ Sgr pr 81⅚ tl. preuß pr Schffl. einzuwiegen.

Gerste, kl. Futter- 98/100 — 103/4, tl. 46 46½—47½, 48, Sgr pr 72 tl. pr Schffl. einzuwiegen.— Gerste, kl. Malz- 102—104 tl. 47½ — 49, 51, Sgr 106 — 108 tl. 51½, 52 — 53, 54 Sgr 110 tl. 54, 55 Sgr pr gemessenen Scheffel.— Gerste, große Malz- 105—107 tl., 52 53 —53 45 Sgr 110—112 tl. 54, 55½— 55½, 56½ Sgr, 114 tl. ohne Zufuhr Sgr pr 72 tl. pr Scheffel einzuwiegen.

Hafer 27½—30 31 Sgr pr 50 tl. pr Scheffel einzuwiegen.

Erbsen, weiße Koch- 62½,— 64, 65 Sgr, abfallende 57 58—60 61 Sgr pr 90 tl. pr Scheffel einzuwiegen.

Spiritus: 16 pr 8000 % Tr. bez

Danziger Börse.

Börsenverkäufe:

Zu unverändert letzten Preisen sind heute 170 Last Weizen gehandelt worden.

Bedungen wurde: für 120 tl. bezogen fl. 500, 119 tl. fl. 525, 126 tl. bezogen fl. 542½, 126 tl. fl. 545, bunt 123/4 tl. fl. 550 gut- und hellbunt 123/4 tl. fl. 565, 121, 123, 124 tl. pr 570, 125/6 tl. fl. 577½, 127/8, 129 tl. bunt, 123/4 tl. recht hell fl. 580, 124/5, 125/6 tl fl. 585, 126 tl. fl. 587½, 126/7 tl. fl. 590, 127 tl. fl. 595, 128/9 tl. fl. 600, 127/8, 128/9 tl. fl. 610, 128/9 tl. fl. 622½, 130/1 tl. fl. 625 pr 5100 tl. pr Last.

Roggen fest. 112 tl. fl. 315, 119/20 tl. fl. 345 pr 4910 tl. pr Last.

Gerste höher; gr. 106/7 tl. fl. 312 pr 4320 tl. pr Last.

Berliner Börse vom 24. Januar 1867.
Wechsel-Course vom 25.

Amsterdam 250 fl. kurz	5	143½ bz
do. 2 Monat	5	142¾ bz
Hamburg 300 Mark kurz	4	151⅝ bz
do. 2 Monat	4	151 bz
London 1 Lstrl. 3 Monat	4	6. 22 bz
Paris 300 Fr. 2 Monat	3	80 7/12 bz
Wien 150 fl. 8 Tage	5	75⅞ bz
do do. 2 Monat	5	75½ bz
Augsburg 100 fl. 2 Monat	5	56.22 bz
Frankfurt 100 fl. 2 Monat	3½	56 24 bz
Leipzig 100 Thlr. 8 Tage	6	99¾ G
do. 3 Monat	6	99⅙ G
Petersburg 100 R.3 Woch.	7	91½ bz
do. do. 3 Monat	7	89¼ bz
Bremen 100 Thlr. 8 Tage	4½	110⅛ bz
Warschau 90 R. 8 Tage.	6	82⅜ bz

Preußische Fonds.

Anleihe von 1859	5	103⅞ bz
Freiw. Anleihe	4½	99¾ G
St.-A. von 54—55, 57	4½	99¾ bz
do. von 59	4½	99¾ bz
do. von 56	4½	99¾ bz
do. von 64	4½	99¾ bz
do. von 50—52	4	90 bz
do. von 53	4	90 bz
do. von 62	4	90 bz
Staats-Schuldscheine	3½	85¼ bz
Pr.-Anl. von 55 à 100	3½	121 bz
Kr.- und Nm. Sch.	3½	81½ bz
Od.-Dchb.-Oblig.	4½	—
Kur- u. Neum. Pfandbriefe	3½	79¾ bz
do. neue	4	89¼ bz
Ostpreußische Pfandbriefe	3½	78¾ bz
do. „	4	86¼ bz
Pommersche „	3½	79⅛ bz
do. „	4	89¼ bz
Westpreußische Pfandbriefe	3½	76¾ bz
do. „	4	86 bz
do. neue	4	85½ bz
do. do.	4½	94 bz
Preußische Rentenbriefe	4	90⅜ B

Die wahren Theaterschulen.

Wie es uns oft ergangen ist, und vielleicht noch öfter ergehen wird, daß das Haus, an dem wir zu bauen glaubten, hinter unserm Rücken schon fertig geworden ist, nur anders als wir es wollten, und wie das Los, auf das wir gesetzt hatten, schon gezogen war, aber von einem Andern, so daß uns nichts anderes übrig bleibt, als „die Thatsachen anzuerkennen", so ähnlich ergeht es den Gelehrten vom Theater. Wenn zwei oder drei beisammensitzen und klagen, wie alles in Verfall geräth und wie es so ganz anders war, als noch die D. und der alte G. im Theater spielten, so tischt gewiß einer die neue Idee auf, es müsse für ordentliche Fachbildung gesorgt werden, und zwar durch Theaterschulen. Haben Sie gelesen, was Devrient über das Thema sagt und Lewald und Rötscher? Ja freilich! Und da reden sie und organisiren und reformiren im Geiste und merken gar nicht, daß die Theaterschulen bereits bestehen — freilich anders als Devrient und Lewald und Rötscher sie sich gedacht haben.

Zum Exempel: Da ist eine Schauspielerin; sie spricht allerdings, als hätte sie ihr Organ nach dem Recept des Demosthenes bilden wollen, und vergessen, den Stein von der Zunge zu nehmen, und sie agirt, daß Einem um die Coulissen bange wird; aber sie ist eine stattliche Person, stellt etwas vor, und etwas vorstellen soll sie ja, dafür ist sie Schauspielerin. Wo ist denn die Dame für die Kunst ausgebildet worden? fragen wir, und man gibt uns zur Antwort: Auf dem Preßburger Schloßberge. Und jene Andere, welche die Kunst der Darstellung etwas einseitig auffaßt: „und ein Arm und ein glänzender Nacken u. s. w. wird bloß"? Auf dem Hamburger Berge. Ah, alle Achtung, hohe Schulen, jedenfalls hochgelegene, auf den Bergen ist bekanntlich Freiheit, und frei ist die Kunst. Nun sehen Sie, das sind die Institute, welche für das Theater stets größere Bedeutung erhalten, und unverantwortlicherweise von den Gelehrten des Theaters gar nicht nach Gebühr gewürdigt werden; Institute, die nicht einmal Staatssubvention verlangen, sondern nach gesunden volkswirthschaftlichen Grundsätzen sich selbst erhalten und noch große Renten abwerfen sollen.

Die gewissen Pedanten, Doctrinärs und Ideologen, welche immer mit ihren Principien durch die Wand rennen wollen, werden nun natürlich sagen: Allerdings, wir wissen, daß das Theater sich häufig aus solchen Pepinièren recrutirt, aber das sind nicht die Theaterschulen, die wir haben wollen. Mit solchen eigensinnigen Querköpfen läßt sich eben nicht discutiren; wir Gescheiteren, „tragen den vollendeten Thatsachen Rechnung." Die Ansichten über den Beruf der Bühne haben sich nun einmal total geändert. Das Theater wird aus der angeblichen Bildungsanstalt für das Volk ein Unterhaltungsort wie andere mehr. Wir werden das nicht ändern! Wenn jetzt eine besorgte Mutter klagt: „Da habe ich nun meiner Tochter die beste Erziehung gegeben, ihr Geist und Herz gebildet, sie gehütet bei Tag und Nacht wie meinen Augapfel, und jetzt macht mir das Kind den Kummer, durchaus zum Theater gehen zu wollen. Zu einer Comödiantin soll ich sie erzogen haben, in eine Laufbahn will sie, wo tausend Gefahren ihrer warten", so antworten wir ihr:

„Gnädige Frau! Sie scheinen von dem Fortschritt der Zeit keine Ahnung zu haben. Der Comödiant ist nicht mehr unehrlich, nicht mehr ausgeschlossen von der Gemeinschaft ehrbarer Leute, im Gegentheil. Und wenn ihre Tochter tugendhaft zum Theater kommt, so kann sie es auch bleiben, nur eine große Carrière wird sie nicht machen. Aber Ihre Erziehungs-Methode ist eine ganz verkehrte, veraltete." (Schluß folgt).

Kirchliche Nachrichten
für die Zeit vom 21. bis 28. Jan.

St. Marien. Getauft: Söhne, Heinrich Joh. d. Oberlehrer Dr. Stein, Gustav Bruno Gottfried d. Güter-Agent Jakobi, Friedrich Carl d. Kaufmanns Mlodoch, George Franz d. Diener Rathke. Tochter, Anna Maria Amalie d. Kaufmann Schlegel.

Aufgeboten: Arbeiter George Bobeleit m. Wilhelmine Falk.

Gestorben: Töchter, Margarethe Mathilde d. Schuhmacherges. Thurun, 1 J. 5 M. 7 Tg. Todesart unbek., Emma Maria Louise d. Kürschnermstr. Moritz, 1 J. 4 M. 20 Tg., allgemeine Schwäche, Kaufm. Joachim Ayke 82 J. Lungenlähmung, ehem. Lehrer Johann Gottfr. Rossins, 77 J. 5 M. 3 Tg. Schlagfluß.

St. Johannes. Aufgeboten: Arb. Jacob Julius Single m. Maria Jankowski, Tischlergeselle Julius Traugott Rechmann mit Fr. Henr. sep. Matzkalis geb. Ostrowski.

Gestorben: Leo Friedrich, Sohn d. Schlosserges. Rietz 1 J. 10 M. chron. Darmkatarrh mit Darmverschwärung, Maria Therese d. Schneiderges. Theinert, 6 J. Abzehrung todtgeb. Tochter d. Schiffszimmerges. Rhode.

Angemeldete Fremde am 27. Januar 1867.

Hotel zum Kronprinzen. Die Herren: Gutsbesitzer Möller a. Adl. Rauden, Reidenitz a. Altkirch, Schlickmann a. Potolken bei Nakel, Kaufl. Steckern, C. Neumann u. Neumann a. Stettin, W. Cohn u. Breck a. Berlin, Seeligsohn a. Marienwerder, Retzlaff a. Königsberg, Spediteur Heidenheim a. Graudenz.

Walters Hotel. Die Herren: Rittergutsbesitzer Stampe a. Tiehrzch, Gymnasiallehrer Dr. Rindfleisch a. Marienburg, Königl. Bankbeamter Fischer a. Danzig, Schiffskapitain Behnke a. Stolpmünde, Kaufl. Lehn a. Bromberg, Mankiewitz u. Rosenstock a. Berlin, Cords a. Crefeld.

Schmeltzers Hotel drei Mohren. Die Herren: Kaufl. Elsner a. Bamberg, Bethge a. Lille, Schwartz a. Berlin, Assmus a. Königsberg, Oeconom Boldt a. Pr. Stargardt.

Hotel du Nord. Die Herren: Lieut. im 1. Leib-Husaren-Rgt. Nr. 1, Vogel a. Pr. Stargardt, Fabrikbesitzer Biermann u. Kaufmann Peiser a. Berlin.

Hotel de Thorn. Die Herren: Rittergutsbesitzer v. Salisch a. Schmiedeberg, Gutsbes. Hornung a. Friedrichsruh, Dr. phil. Caspari a. Rudolstadt, Studios v. Kamps a. Jena, Capitain Wendt u. Makler Conrad a. Stettin, Kaufl. Haas a. Frankfurt a. M., Radenz a. Rostock, Michelmann a. Verden, Lutterroth a. Saarbrück.

Hotel de Berlin. Die Herren: Kaufl. Bleckmann a. Barmen. Langenstock a. Magdeburg, Becker a. Düsseldorf, Mielke a. Worms, Stein a. Lauenburg i. Pom., Kuhlmey u. Auleb a. Berlin.

Druck und Commissionsverlag von A. W. Wendt in Danzig.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers.